



Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Durchwahl:
Telefon 03672 446-100
Telefax 03672 446-998

praesidentin@
trh.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:
6. Dezember 2022

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

**Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und
familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und
kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des
Freistaats**

Äußerung nach § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Rudolstadt
3. Januar 2023

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

zum oben genannten Beratungsgegenstand erhalten Sie die Äußerung des
Thüringer Rechnungshofs mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder
des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport.

Weiter erhalten Sie als Anlage das ausgefüllte Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz.

Mit freundlichen Grüßen

(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

Anlagen

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de



Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Thüringer Landtag
Mitglieder des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Durchwahl:

Telefon 03672 446-100
Telefax 03672 446-998

praesidentin@
trh.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:
6. Dezember 2022

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Rudolstadt,
3. Januar 2023

**Thüringer Gesetz zur Sicherung der kinder-, jugend- und
familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und
kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des
Freistaats**

Äußerung nach § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit o. g. Schreiben bat der Thüringer Landtag den Rechnungshof um schriftliche Darlegung seiner Auffassung zum o. g. Beratungsgegenstand. Der Rechnungshof bedankt sich für die Beteiligung und äußert sich wie folgt:

Der Rechnungshof hält es für bedenklich, in Gesetzen freiwillige Leistungen betragsmäßig festzuschreiben. Eine solche Mittelbindung engt den finanzpolitischen Handlungs- bzw. Entscheidungsspielraum des Parlaments ein. Gegebenenfalls notwendige werdende Einsparungen im Haushalt werden zudem erschwert.

Im konkreten Fall wurden mit den von 2018 bis 2020 erfolgten Gesetzesänderungen erstmals Mindestbeträge für Förderungen garantiert. In den Jahren seither erhöhte der Gesetzgeber die Haushaltsansätze für die vier Programme sukzessive, immer über die bisher gesetzlich festgelegten Mindestbeträge hinaus. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Haushaltsansätze bei den vier in Rede stehenden Förderprogrammen:

Entwicklung der Haushaltsansätze 2019 – 2023 in Mio. EUR

	2019	2020	2021	2022	2023
04 31 633 05 örtl. Jugendförderung	15,000 ¹	15,750	16,537	17,037	17,472
04 31 633 06 Schulsozialarbeit	11,382	22,251 ²	23,363	26,252	26,135
04 31 684 75 LJFP	2,870	3,536	3,800 ³	3,800	4,809
08 24 633 77 Landesprogramm SZG	9,398 ⁴	13,898	14,398	14,398	14,420

Die aus der Tabelle erkennbaren Ansatzserhöhungen nahm der Gesetzgeber aufgrund der von der Landesregierung in den Haushaltsaufstellungsunterlagen formulierten Begründungen vor. Die Unterlagen verwiesen im Wesentlichen auf notwendige Mittelerhöhungen für Personalausgaben der geförderten Verbände bzw. Träger infolge von Tarifsteigerungen bzw. Stufenaufstiegen. Die Ausgabenerhöhungen lagen jeweils zwischen 2,5 und 5 % der Vorjahresansätze.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung sind jährliche Anpassungen auch nach 2023 vorgesehen.

Gerade diese Verwaltungspraxis lässt ein gesetzliches Festschreiben von Mindestbeträgen für die Förderung entbehrlich erscheinen. Andernfalls wären künftig weitere Befassungen des Gesetzgebers zur Anpassung der garantierten Mindestbeträge zu erwarten. Außerdem steht die Garantie von Mindestförderbeträgen mit einer ergebnisoffenen Bedarfserhebung im Widerspruch.

Aktuelle Prüfungserfahrungen des Rechnungshofs liegen nicht vor. Die örtliche Jugendförderung und die Schulsozialarbeit wurden zuletzt 2016 für den Zeitraum 2012 bis 2014 geprüft. Dabei hatte der Rechnungshof kritisiert, dass die Bedarfserhebungen der Landkreise und kreisfreien Städte auf der Grundlage einzelner Indikatoren und der Bedarfsangaben der Schulen unzureichend sind. Außerdem fehlten gut ausgebildete Fachkräfte, was aus Sicht des Rechnungshofs die Wirkung der Schulsozialarbeit beeinträchtigt hatte.

¹ Gesetzesänderung vom 19. März 2019. Mindestbetrag wie Ansatz im Doppelhaushalt 2018/19 festgelegt.

² Gesetzesänderung vom 3. Juni 2020. Mindestbetrag wie Ansatz 2020 festgelegt.

³ Gesetzesänderung vom 3. Juni 2020. Mindestbetrag wie vorgesehener Ansatz 2021 festgelegt.

⁴ Gesetzesänderung vom 18. Dezember 2018. Mindestbetrag 10 Mio. EUR.

Der Rechnungshof erklärt seine Zustimmung zur Bereitstellung seiner Äußerung an Dritte.

Mit freundlichen Grüßen

(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)